

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Befruchtung monatlich 2,40 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,40 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Posttarifverträge für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Interate kosten die achtspaltige Nonparillzeile oder deren Raum 60 Pf., Kleins Anzeigen das festgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Erwerbszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Norden 2895

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Wille der Massen.

Erklärung

der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Preussischen Landesversammlung.

Der Frieden, welchen uns die Entente-Regierungen vorschlagen, ist ein Frieden der Gewalt; er bedeutet einen vollen Sieg des Imperialismus der Entente und eine völlige Unterjochung Deutschlands.

Dem deutschen Volk soll das Selbstbestimmungsrecht geraubt, zahlreiche Gebiete losgerissen, die deutsche Bevölkerung teilweise nicht einmal gefragt werden.

Durch die Abtrennung deutscher Landesteile, die für das Wirtschaftsleben und die Ernährung Deutschlands von entscheidender Bedeutung sind, wird der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft auf das äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die deutsche Arbeiterschaft dem Elend preisgegeben.

Gegen einen solchen Gewaltfrieden erheben wir Unabhängigen Sozialdemokraten schärfsten Protest. Wir haben während des ganzen Krieges den Imperialismus der deutschen Bourgeoisie mit allen Mitteln bekämpft. Wir haben als einzige Partei

gegen die Wilhelminische Regierung

die härtesten Kämpfe geführt, weil sie Frankreich und Rußland den Krieg erklärt, weil sie die Neutralität Belgiens gebrochen, weil sie den rücksichtslosen U-Bootskrieg geführt, weil sie die brutalsten Kampfmittel zur Anwendung gebracht, weil sie Rußland und Rumänien den schlimmsten Gewaltfrieden auferzwungen, die besetzten Gebiete ausgeplündert und deren Bevölkerung aufs grausamste behandelt hat. Wir denken dabei besonders an die zur Zwangsarbeit verschleppten Hunderttausende von Russen, Franzosen, Polen und Belgiern und an die schändliche und entsetzliche Behandlung von zahllosen Mädchen und Frauen in Frankreich, in Belgien und im Osten.

Weshalb wir aus allen diesen Gründen die kaiserlich imperialistische Regierung nicht bekämpft haben, deshalb haben gerade wir Unabhängigen Sozialdemokraten das Recht,

den Entente-Regierungen entgegenzutreten,

wenn sie jetzt — imperialistisch wie einst die kaiserliche Regierung — die deutsche Republik zerlegen und knechten wollen.

Ein solcher Frieden schließt von neuem Krieg und Erweiterung; ein solcher Friede gebietet neue Kriege.

Die deutsche Regierung ist mitschuldig daran, daß uns die Entente so furchtbare Bedingungen auferlegen will. Die deutsche Regierung hat bis auf den heutigen Tag nicht die Klugheit und Verstand, die deutsche Schuld am Ausbruch des Weltkriegs darzutun. Die deutsche Regierung hat bis auf den heutigen Tag die Vertretung des deutschen Volkes politisch belasteten Männern übertragen, darunter schlimmsten Imperialisten, die Frankreich und England Friedensbedingungen aufzwingen wollten ähnlich denjenigen, die uns jetzt die Entente auferlegen will.

Die deutsche Regierung hat nach der Zerstückelung der alten Wehrmacht

einen neuen Militarismus

in Deutschland aufgerichtet, der im Ausland das größte Mißtrauen gegen Deutschlands Friedendbereitschaft hervorgerufen hat und hervorgerufen hat. Einweg mit dieser Regierung! Einweg mit den kompromittierten Männern! Einweg mit den neuen Stützpunkten! Erst dann wird das Ausland die Friedfertigkeit Deutschlands zu glauben vermögen. Erst dann wäre eine Milderung der Friedensbedingungen auch von den jetzigen Regierungen der Entente zu erwarten.

Die Regierung erklärt den Friedensvorschlag der Entente für unannehmbar, sie fordert das Volk auf, sich einmütig hinter die Regierung zu stellen. Dies lehnen wir ab. Wir warnen die deutsche Arbeiterschaft, sich einem neuen nationalpolitischen Neuschicksal hinzugeben, dem nur eine schwere und bittere Enttäuschung folgen würde. Der Nationalismus ist noch immer das beste Mittel der besiegten Klassen gewesen, die Arbeiterschaft zu verwirren, ihr Klassenbewußtsein zu trüben und die eigentlichen Interessen der Herrschenden durchzusetzen. Dessen willen wir uns auch in diesem Augenblick bewußt sein. Deshalb lehnen wir auch jetzt der Regierung unser schärfstes und rücksichtslosstes Kampf. Mit dieser Regierung des Belagerungszustandes und Standrechts können und wollen wir nichts gemein haben.

Wir fordern eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen, aber

wir können die Verantwortung nicht übernehmen, den Friedensvorschlag der Entente abzulehnen, auch wenn er nicht wesentlich gemildert wird. Wir würden sonst selbst dazu beitragen, daß hunderttausende deutscher Kriegsgefangener noch nicht zur Hilfe kommen; daß das deutsche Volk dem Hunger und der Arbeitslosigkeit noch mehr ausgeliefert wird.

Die Bourgeoisie weiß sich zu schützen, auch wenn die Massen hungern, diese aber werden dem Elend und der Hungernot preisgegeben.

Darum verlangen wir, daß diejenigen, die für den Kriegsausbruch verantwortlich sind, die den Krieg haben führen und verlängern können, den Krieg auch abschließen und den Friedensvertrag unterschreiben.

Wir rufen das Massenbewußte revolutionäre Proletariat der ganzen Welt auf. Die sozialistische Internationale wird nicht dulden, daß die deutsche Arbeiterschaft von der Bourgeoisie der Ententeländer dauernd geknechtet wird. Schon regt sich überall im Ausland der Widerstand der Sozialisten. Wir appellieren an unsere Genossen in allen Ländern! Sie stehen im schärfsten Kampf mit ihren Regierungen. Sie werden sie besiegeln. Dann ist die soziale Weltrevolution da! Dann werden alle Schranken fallen, jede Knechtung und Unterdrückung wird aufhören.

Es lebe die Weltrevolution!

Die Unabhängigen und der Friede.

Bekanntlich erklärte Genosse Haase in der Nationalversammlung:

In verschiedenen Zeitungen wird meiner Partei für den Fall einer Regierungsreise zugemutet, den Krieg formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab. Sie erachtet es für die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß des Krieges herbeizuführen.

Diese Erklärung ist den Gegnern sichtlich unangenehm. Der „Vorwärts“ erlaubt sich sogar von einer „Täuschung“ zu reden; die Unabhängigen hätten zuerst den Anschein erweckt, sie wollten unterschreiben, nun aber erklären sie, sie wollten nicht, die andern müßten unterschreiben.

Gewiß, es könnte denen, die für den Krieg und seine Verlängerung verantwortlich sind, so passen, daß wir jetzt für die Folgen aufkommen sollen. Wir sollen unterschreiben, und dann werden sie uns stürzen und von ihren Kosmogarden die revolutionäre Arbeiterbewegung massakrieren lassen.

In Wirklichkeit scheuen wir durchaus nicht vor der Verantwortung zurück für das, was wir als notwendig und den Interessen des Proletariats entsprechend erkannt haben; wir fürchten uns nicht vor der nationalpolitischen Gegenbewegung. Aber wir sind uns bewußt, daß uns gegenwärtig angesichts des entseffelten Nationalismus und der Spaltung der Arbeiterklasse die Macht fehlt. Die Rechtssozialisten haben durch die Entlohnung der Arbeiterschaft, durch die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Bauern, durch die Wiederaufrichtung des Militarismus der Kosmogarden dafür gesorgt, daß die Situation eine geradezu verzweifelte geworden ist.

Wenn die gegenwärtige Regierung unfähig ist oder nicht willens, den Frieden zu unterschreiben, muß sie verschwinden. Dann aber brauchen wir eine Regierung, die sich auf das gesamte Proletariat stützen kann; eine rein sozialistische Regierung hätte die Kraft, das Notwendige, so bitter es ist, zu tun, allen Widerständen zum Trotz. Wieder sind es die rechtssozialistischen Führer und ihre Taktik, die diese Lösungsmöglichkeit verhindern und das deutsche Volk in eine furchtbare Katastrophe hineinstoßen.

Terror in München.

In München herrscht seit dem 1. Mai der Belagerungszustand. Hunderte sind den Kämpfen und dem Standrecht zum Opfer gefallen. Denunziationen, Verhaftungen, Sanktionen sind an der Tagesordnung. In der Sprache der Regierung heißt das: München ist befreit. Ruhe, Ordnung und Sicherheit sind wieder hergestellt.

Am 6. Mai wurden im katholischen Vereinshaus 24 junge katholische Leute verhaftet, ins Gefängnis am Karolinenplatz gebracht und dort niedergeschossen. Als endlich Offiziere eintrifften, retteten sie noch einen Schwerverwundeten. Die anderen waren tot. „Ein folgenschweres Mißverständnis“ nennen die „Münchener Neuesten“ diesen Mord. Man hatte die Gemordeten für „Sportassisten“ gehalten. Gegen deren Niedermessung hätte das bürgerliche Blatt anscheinend also nichts einzuwenden gehabt.

Die Mehrheitspartei hatte in den ersten Tagen der Besetzung einen Aktionsausschuß gebildet, um Mißbrauch des Standrechts zu verhindern. Am 7. Mai brachte die mehrheitssozialistische „Münchener Post“ folgendes Bekenntnis: „Der Aktionsausschuß gewann durch seine Willkür einen so tiefen Einblick in das herrschende Verfahren der ungesetzlichen Erschießungen, der willkürlichen Verhaftungen, der überhöfeten Exekutionen, der brutalen Gefangenbehandlung, daß er sich genötigt sah, eine besondere Untersuchungskommission über die Durchführung des Standrechtsverfahrens bei der Regierung Hofmann zu beantragen.“

Als diese Kommission eingesetzt wurde, erfährt es nicht. Man erfährt überhaupt nichts. Die Zeitungen schweigen, müssen schweigen, denn es wird eine rücksichtslose Zensur ausübt.

Dafür ist die Stadt überflutet von den wildsten Gerüchten. Man spricht von 4000 Toten. Jeder des Sozialismus irgendwie Verdächtige beinahe wird tot oder verhaftet gelooht. Das Oberkommando aber, das es in der Hand hätte, alle Verächte niederschlagen, wenn es Rahl und Namen der Getöteten bekanntgäbe, — schweigt. Und es weiß wahrlich, warum es schweigt. Denn schon das Wenige, was man genau weiß, reicht aus, um mit Schreien zu erfüllen.

Geckhofer wird verhaftet und auf dem Transport getötet. Landauer wird verhaftet und auf dem Transport erschossen. Sonthheimer wird bei dem Kommunisten Bohmer erschossen, der bekannt ist als Geaner jeder Gewalttätigkeit, außerdem Arisainbalde. Beide werden erschossen. Es heißt sogar, daß Dohmers Mißgebur, der völlig unbestimmt war, mitschleift ist. Das sind die Führer. Aber die „Neue Zeitung“ nennt in ihrer Freitagsnummer sechs Namen von ganz „Unbelasteten“, ganz Unschuldigen, die man niedergeschossen hat. Der erste von ihnen, ein Gymnasialprofessor Horn, wurde von seiner Frau tot am Wege gefunden. Er soll von persönlichen Feinden als „Kommunist“ denunziert sein, und das genügt.

Und das Schicksal der meisten ist noch unbekannt. Die Friedhöfe sind überfüllt mit Toten. Sie liegen dort zu Hunderten, Männer und Frauen. Aber nur die Angehörigen haben Zutritt. Wie viele irren von einem Friedhof zum andern, um Gewißheit zu finden. Wie viele bleiben in der tödlichen Angst.

Dabei rast die Denunziationstrot, die sinnlosen Verhaftungen und die Sanktionen häufen sich. Schon im Anfang der vorigen Woche wurden über 5000 Verhaftete gemeldet. Die Zahl muß noch bedeutend ansteigen sein. Die Angaben eines fremdbildigen Nachbarn, man sei Sozialist, genügt, einen verdächtigen zu machen. Verdacht und Verhaftung aber ist so ziemlich eins. Gleich in den ersten Tagen sind in einer einzelnen mehrheitlich sozialistischen Sektion 60 Mitglieber verhaftet worden. Das sind Stichproben, die genügen mögen.

Nach Sprache gar nicht von der Unterdrückung der kommunistischen Zeitungen, von der Sperre, die bis zum 8. Mai das Erscheinen der „Neuen Zeitung“ verhinderte, nicht von der Verhaftung ihres Redakteurs. Ich will sogar von den massenhaften Verhaftungen gefangener Russen, von den „Feldarbeiten“ schweigen, denen in den heftigen Kämpfen der ersten Tage die Rotgardisten massenweise geopfert wurden. Aber womit entkulturiert es das Ober-

Kommunale. Daß es erst nach acht Tagen einen Befehl ertlassen hat: „Verhaftete dürfen nur nach handrechtlichem Urteilerichossen werden“? Daß es acht Tage lang dem Norden freien Lauf ließ?

Die Antwort ist stets die gleiche: „Die Greuel des roten Terror“ machten all dies unermesslich. Nun sind alle diese Greuel von Regierung und Presse sorgfältig gesammelt. Und A und O dieser Greuelkammern ist stets der Geiselmord. Wie steht es nun um diesen?

Am 30. April, abends, waren alle Verhandlungen von Hoffmann abgelehnt. Bis Dackau waren die ersten gefangenen Rotgardisten vorgeführt. Und das Gerücht sagte, auf den Kopf jedes Rotgardisten seien 30 Mark gesetzt. Da sind in einem Gymnasium von aufgeregten, verbehten, befinnungslosen Leuten zehn Menschen, zwei Weisgardisten und acht Gefangene, erschossen worden. Geiseln waren es jedenfalls nicht alle, einige gewiß standen unter schweren Beschuldigungen. Trotzdem bleibt die Tat verbrecherisch und wahnsinnig zugleich. Aber — sie geschah nicht mit Wissen der Betriebsräte und der unabhängigen Führer, die vielmehr ihre äußerste Empörung sofort ausgesprochen haben. Ob einzelne kommunistische Führer darum gewußt, ist bis heute nicht klar. Und vor allem: sie war die Antwort auf das blutige Vorgehen der Weissen Garde. Diesen, welche die Münchener Arbeiter in Wut und Verzweiflung hineintrieben, trifft die Verantwortung für diese ersten Mordtaten wie für alles, was nachher im Straßenkampf auf beiden Seiten geschah.

Denn bis zum 30. April — das kann gar nicht klar genug betont werden — ist in München kein Menschenleben geopfert. Es ist manches gefährlich mit wilden Requisitionen und unnötigen Verhaftungen. Es ist manches Lächerliche geschehen und viel Nützliches unterlassen und es ist besonders durch den inneren Kampf der Parteien der Sache der Arbeiterschaft geschadet worden. Aber diese Fehler der Räteregierung trafen sie selbst. Was München litt durch die Absperrung ten der Außenwelt, durch die Lebensmittelsperrung, das war nicht ihre Schuld. Dafür trägt allein Hoffmanns Regierung die Verantwortung. Hoffmann hat durch Lärmanöver, deren Unnützigkeit er einsehen mußte, das Band gegen München aufgeklopft. Hoffmann hat Verhandlungen zuerst verweigert und dann, als er seine Truppen vor München konzentriert hatte, brutal abgelehnt. Hoffmann hat, als die bayerischen Truppen nicht kampfbegeistert erschienen, die Reichswehr zur Hilfe gerufen. Hoffmann hat der Münchener Arbeiterschaft das unmögliche Ultimatum gestellt: bedingungslose Übergabe und Auslieferung der Führer. Das war eine entehrende Forderung, die niemand annehmen konnte. Hoffmann mußte das wissen. Er mußte wissen, daß seine Forderung den Bürgerkrieg und endloses Blutvergießen bedeutete. Er hat das Blut gewählet und hat sich damit in die Hände des Militärs gegeben.

Heute herrscht Koske in München. Koske und die Garde-Division. Und die Besetzten sind nicht die „Spartakisten“, wie alle Blätter beschuldigen, sondern die Münchener Arbeiterschaft, die sich für das Mätesystem ausgesprochen hatte, die ehrlich für dieses System gekämpft hat, und die man nun widerstandslos mit Koskischem Standrecht.

900 Tote und Vermundete zählte bereits am 5. Mai der amtliche Bericht. Die bürgerlichen Zeitungen aber, die angesichts der zehn erschossenen Geiseln von bestialischen Scheußlichkeiten sprachen, nennen alles, was bisher geschehen ist, „unangenehme Ereignisse“.

L'ordre règne à Varsovie. Die Ordnung herrscht in Warschau, meldete jener russische General, als in Warschau die Leichen der Hingerichteten sich türmten.

„In München herrscht die Ordnung.“

Wiederholungen.

Auch die Treuhische Landesversammlung hat am Dienstag gegen den von der Entente vorgelegten Friedensvertrag protestiert. Die Ausführungen der Redner bewegten sich in denselben Bahnen wie die in der Deutschen Nationalversammlung. Für die unabhängige Sozialdemokratie sprachen der Genosse Adolf Hoffmann und die Genossin Arendsee. Unsere Forderung war eine Erklärung ab, worin gegen den Gewaltfrieden protestiert, zugleich aber betont wird, daß die unabhängige Sozialdemokratie schon gegen die wilhelminische Regierung gekämpft und darum das Recht habe, den Ententeregierungen entgegenzutreten. Die deutsche Regierung sei mitschuldig daran, daß uns die Entente so fürchterliche Bedingungen auferlegen wolle. Sie habe einen neuen Militarismus aufgerichtet, und darum könne das Ausland an die Friedfertigkeit Deutschlands nicht glauben. Die Arbeiterschaft wird davor warnen, sich einem neuen nationalen Kaufschillinge hinzugeben. Die Erklärung fordert eine wesentliche Milderung der Friedensverträge, jedoch könne die Verantwortungen nicht übernommen werden. Das Friedensvorschlag der Entente abzulehnen. Diejenigen, die für den Kriegsausbruch verantwortlich sind, die den Krieg haben führen und verlängern helfen, müssen jetzt auch den Krieg abschließen und den Friedensvertrag unterschreiben. Zum Schluß werden die „Sozialisten aller Länder“ aufgerufen, uns in dem Kampf um die soziale Weltrevolution zu unterstützen.

Die Ausführungen unserer Redner und die Verlesung der Erklärung wurden von andern Parteien zeitweise mit Unruhe aufgenommen, die sich einige Male zu lebhafter Entrüstung steigerte, weil unsere Genossen den Schwundel von der Einigkeit des ganzen Volkes nicht mitmachen wollten. Zum Schluß gab es sogar noch einen großen Tumult.

Als bemerkenswert ist aus dieser Sitzung noch besonders festzuhalten, daß der rechtssozialistische Abgeordnete Graf aus Frankfurt a. M. diejenigen Arbeiter als Idioten beschimpfte, die der Meinung sind, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden müßte. Fürwahr, ein waderer Arbeitervertreter!

Hohe Ansprüche.

Das „Berl. Tageblatt“ behauptet wiederholt, die Unabhängigen hätten am 4. August der Kriegserklärung und dem Einmarsch in Belgien zugestimmt. Auch das „Berl. Tageblatt“ könnte nachgerade die Vorgänge kennen. Die Genossen der damaligen Fraktion, die später die Unabhängige Sozialdemokratie mitgründeten, haben

alles davon geschwiegen, um die Fraktion gegen den sozialdemokratischen Grundgedanken zur Ablehnung der Kriegskredite — von dem belgischen Einmarsch war noch nichts bekannt — zu bringen und haben in der entscheidenden Fraktionsabstimmung gegen die Bewilligung der Kredite gestimmt. Bei der Abstimmung im Reichstag haben sie sich mit Einschluß Bielefelds dem Fraktionsvorschlag schweigen verweigert, um in der damaligen Situation nicht das Signal zur Parteispaltung zu geben. Sie haben so gehandelt, wie sie unter dem Zwang der Umstände handeln mußten.

Das „Berl. Tageblatt“ ist damit nicht zufrieden; vielmehr lesen einmal seine Redakteure die Artikel nach, die sie damals, sehr kriegsbegeistert, veröffentlicht haben. Sie werden dann vielleicht in ihren Ansprüchen etwas bescheidener werden.

Die Kundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Einmütig für Unterzeichnung der Friedensbedingungen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie die Stimmung der Massen in Berlin zu den Friedensbedingungen ist, so haben ihn die letzten 40 Kundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokratie deutlich erbracht. Der Andrang zu den Versammlungen war, wie uns berichtet wird, überall gewaltig. Die in Aussicht genommenen Säle reichten auch nicht im entferntesten hin, um die Massen alle unterzubringen. Die in Aussicht genommenen Säle reichten auch nicht im entferntesten hin, um die Massen alle unterzubringen. Die in Aussicht genommenen Säle reichten auch nicht im entferntesten hin, um die Massen alle unterzubringen.

So demonstrierten gestern Hunderttausende von Berliner Arbeitern, die begeistert der Parole der Unabhängigen Sozialdemokratie nach Unterzeichnung des Friedens zustimmten. In diesen Versammlungen kam der wahre Wille der Berliner Bevölkerung zum Ausdruck. Gegenüber dieser gewaltigen Kundgebung des Massenwillens sind die Veranstaltungen der nationalistischen Kriegsbeher ebenso unbedeutend wie die der Rechtssozialisten. Diese hatten nur zu einer einzigen Versammlung eingeladen. Von allen Seiten der Stadt sollen die Massen herbeieilen, aber was wirklich kam, das waren kleine Trupps, die das Straßenschild nicht im geringsten veränderten. So blieb denn auch die gesamte Kundgebung weit hinter den Erwartungen zurück, die ihre Veranstalter gehabt haben mögen. Die Masse der Berliner Bevölkerung hat sich auch in dieser Frage von den Rechtssozialisten abgewandt.

In den Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie dagegen herrschte frohe Huberheit und Entschlossenheit. Obwohl von den Rednern wie von den Massen durchaus nicht verkannt wird, daß die Friedensbedingungen hart und drückend für das deutsche Volk sind, so herrschte jedoch völlige Einmütigkeit darüber, daß sie angenommen werden müssen, da der Friede die Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes und für den Wiederaufbau der Wirtschaft ist.

Unter dem Beifall der Versammlung wandten sich die Redner gegen die Auspeitschung der nationalistischen Leidenschaften und gegen die verbrecherische Haltung derjenigen, die sich mit Waffengewalt und Drohungen der Erfüllung der Friedensbedingungen entgegenstellen wollen. Ebenso entschieden aber gestellte sich die Abrechnung mit der Regierung, die diesem verbrecherischen Treiben tatenlos oder billigend gegenübersteht und die im Innern eine unerhörte Gewalttätigkeit aufgerichtet habe. In allen Versammlungen ergab sich bei der Abstimmung völlige Einmütigkeit für die Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Der Krieg müsse ein Ende haben, aber es müßten auch die zur Verantwortung gezogen werden, die an seinem Ausbruch und seinem Verlauf schuldig sind und auf deren Schuldkonto die drückenden Bedingungen zu sehen sind. Nicht neuer Krieg, nicht neue Millionenopfer, sondern Friede und Sozialismus, das war das Bekenntnis der Massen. Die Verdrößerung der Arbeiter der ganzen Welt müsse zur Weltrevolution führen und sowohl diesen Gewaltfrieden wie den Kapitalismus beseitigen.

Der Protest der Rechtssozialisten.

Die Rechtssozialisten hatten für gestern Nachmittag um 6 Uhr eine große öffentliche sozialdemokratische Kundgebung gegen den Gewaltfrieden der Entente, eine Massenversammlung nach dem Königsplatz beabsichtigt.

Einen geeigneten Platz hätte man für diese Veranstaltung in ganz Berlin nicht finden können. Die goldglänzende Siegesfahle, der drongene Bismarck und der eiserne Hindenburg bildeten die rechten Symbole für den Geist dieser Versammlung. Diese nationalen Höhen beherrschten nicht nur äußerlich den Platz, sie beherrschten ganz die Geisteshaltung der hier Versammelten. Das war wahrhaftig keine „sozialdemokratische“ Kundgebung, wie die Einladungen verheißten, das war eine durch und durch nationalistische Heberversammlung und nichts anderes.

Der große Platz war zwar durchaus nicht voll gefüllt. Es waren höchstens 5000 Teilnehmer da. Und was für Teilnehmer! Nicht die Hälfte militärische Arbeiter und Proletarier, sondern sogenannte „bessere Bürger“. Die Redner gaben sich alle Mühe, diese Menge in den Geisteszustand von 1914 zu versetzen. Daß das „Sozialisten“ waren, die da redeten, das hätte gewiß niemand gemerkt, wenn sie es nicht selbst wiederholt versichert hätten. In ihren Reden war vom Geist des internationalen Sozialismus nicht das mindeste zu spüren. Klagen, Verwünschungen und Drohungen an die Adresse Frankreichs, Englands und Amerikas — das war der ganze Inhalt dieser Reden. „Jetzt ist nicht die Zeit, nach der Schuld am Kriege zu fragen“, das wäre aus jeder Anrede aller Redner wieder. Nichts von Schuld, bekennnis, nichts von einem neuen Geist, nichts von einem Appell an die, an die einzig ein Proletarier sich wenden darf, an die Proletarier der ganzen Welt.

In diese rechtssozialistische Massenversammlung traten heute noch der nationalistischen Politik, die ihre Partei während des Krieges vertreten hat; sie nahmen sich dieser Politik, die uns alle in dieses Meer geführt hat. Sie haben nichts aus dem Krieg gelernt. Sie brauchen heute noch denselben nationalistischen Phrasen, mit denen sie 1914 die deutschen Arbeiter in die Schlammgruben trieben. Nur ist die Wirkung

heute nicht mehr so groß. Heute sollen jetzt die nationalistischen Massen, die zum Königsplatz gedrängt waren, nicht mehr auf diese Phrasen herein. Von Begeisterungsvorschau, von „Annen der Einbürgerung“ war wenig zu hören bei den Jubelnden. „Schrei der Begeisterung“, nur ein ärmlich mattes Gähnel folgte dem Ausführungen der Redner.

Die Bedingungen, die uns die Entente vorlegt, fordern wir zum Protest heraus. Aber diese Partei, die den Frieden von Prell-Kittorff so ruhig, die alle Gewalttaten und Verbrechen die von der deutschen Kriegs-Regierung begangen wurden, so ruhig hingenommen hat, wird gewiß kein internationalen Schicksal wecken mit ihrem Protest. Nicht das Protestieren aller Länder hat diesen Frieden auf dem Königsplatz gebracht — die Feigen dieses Protestes waren der drongene Bismarck und der eiserne Hindenburg. Ihre Militärämter und getrunnen Knöpfe, die Kommissariats und Kitzelherde, die beiden Geißel und der fast schon blödsinnige Geschwändel dieser nationalistischen Götzenbilder — das waren die richtigen Symbole dieser „sozialistischen“ Kundgebung.

Keine Verzweiflungspolitik.

Eine Minorität unter den Rechtssozialisten steht auf dem Standpunkt, daß die Politik der Regierung die deutsche Arbeiterklasse in die ungewisse Gefahr bringen kann. Auch die rechtssozialistische „Münchener Post“ schreibt jetzt:

„Wir müssen uns läßt und nicht zu zeigen, ob wir die Macht haben, diesen Frieden abzulehnen, die Unerschrockenheit zu verweigern, und vor allem, ob wir das vor uns liegen können. Sehen wir den Dingen auf den Grund, so kommen wir zu dem Ergebnis: Wir können beides nicht vermeiden, weder Annahme noch Ablehnung. Wir müssen unter schreiben, protestieren und hinweisen auf den bedingten Beifall dieser Unterzeichnung; aber wir können nichts anderes als unterschreiben. Die Politik der Verzweiflung ist ein Abgrund, aber kein Weg, und das Wort der Deutschen Tageszeitung: „Nicht tot als Sklave“, kann uns um so weniger imponieren, als diese Herren die allerletzte sind, die bei diesem Sabotageakt in die Dingen gehen. Selbstmörderische Unvernunft gegen die Verblendung des Siegerübermut, das wäre die Fortsetzung jenes Knaben, der es dem Vater gönnt, wenn sich der Junge die Hände erspiert. Wenn er laßt er ihm keine Quasthaue!“

Die Entente wird und muß zur Gewalt kommen. Sie muß uns im eigenen Interesse das Leben lassen, das für den Wiederaufbau der Welt so nötig ist, wie das der anderen. Diese Entscheidung müssen wir abwarten, ohne zu verzweifeln, die Hände zusammenzuhalten in der Gewissheit, daß sie nicht ausbleiben wird. Alles andere, vor allem das Spiel mit dem eigenen Untergang, ist Wahnsinn.“

Das ist sehr richtig und auch in anderen rechtssozialistischen Kreisen herrschen ähnliche Ansichten; aber sie werden erst länger und vor allem öffentlich vertreten werden müssen, wenn sie den Lauf der Dinge beeinflussen sollen.

Keine Regie.

Berlin, 18. Mai. Offiziell wird verkündet: Die „Freiheit“ bricht in ihrer Abtragung über die Sitzung der Nationalversammlung von der Regierungskundgebung und verläßt damit die einmütige Sitzung zu einer bestialischen Heberzeugung der Reichsregierung. Dieses Verhalten ist wirkungslos gegenüber dem ungeheuren Widerstand, den die Nationalversammlung im ganzen Volk gefunden hat. Die Reichsregierung hat den Gehorsam der Rede des Ministerpräsidenten erbeten und geduldet. Die Reden der Parteien und des Präsidenten der Nationalversammlung können sie nicht befehlen.

Also nur der „Gedankengang“ des Herrn Scheidemann ist vorher erörtert worden. Man erinnert sich bei diesem Demerit an jenen Freitredner, der seine Anrede mit den Worten begann: „Unvorbereitet, wie ich mich habe...“

Auch sonst gibt es bei der Veranstaltung der Kundgebungen keine Regie. Für Dienstag um 5 Uhr hatten die Rechtssozialisten eine Versammlung nach dem Königsplatz einberufen, die als einzige Veranstaltung durchwegs nicht imponierend war. Hernach zog ein Trupp vor die Reichskanzlei — trotz Verbotens, trotz Verbot aller Anstellungen und Umzüge —, und hier hielt Herr Scheidemann wiederum eine Anrede („Unvorbereitet, wie ich mich habe...“). Zur selben Zeit teilten aber die „R. B. N.“ schon den Wortlaut der Rede mit!

Es gibt keine Regie, die „Masse“ kommt dann von selbst zum Kochen.

M. L. D. meldet: In den Abendstunden zog abermals eine Menschenmenge, die anscheinend von einer Versammlung kam, in der Dr. Rießer gegen den Gewaltfrieden gesprochen habe, vor die Reichskanzlei. Ministerpräsident Scheidemann forderte die Versammelten auf, treu zur Regierung zu stehen; nur so könne diese die Verhandlungen führen. Die Regierung habe das Wohl des gesamten Volkes im Auge. Gegenüber etwas aufgeregten Zwischenrufen wies aber der Ministerpräsident darauf hin, daß die Regierung sich weder durch Treiberellen noch rechts noch links in ihrem Ziel irren machen ließe, und daß Ziel bestünde in Verhandlungen auf Grund des Wilson-Programms. Ministerpräsident Scheidemann warnte die Versammelten vor Unbesonnenheiten, und er versprach im Namen der Regierung, alles zu tun, um einen erträglichen Frieden zu schaffen. Zum Schluß der Kundgebung forderte der Ministerpräsident die Menge auf, das Ergebnis des Zusammenkommens durch den Hochruf auf den Frieden und das Vaterland zu bekräftigen.

Ein Kämpfer gegen Antisemitismus und Nationalismus.

In seiner Dienstag-Abendrede hielt der Wortführer mit, wer hinter dem Reichsverband Ostschub, Bund aller Vereine „zugunsten des Deutschtums in den Ostprovinzen“, der in Berlin als Beschützer des Ostens auftritt, steht. Der Reichsverband des Deutschen Ostmarken-Vereins habe diesem Reichsverband Ostschub nicht nur mit Rat zur Seite, sondern auch unterstühe ihn auch durch Geld. Außerdem sei ihm Bund der Landwirte eng befreundet. Diese beiden Verbände hätten den Deutschtum in Ostprovinzen sehr wenig gefördert und der großpolnischen Propaganda dauernd Wasser in die Räder gegossen. Jetzt habe sich der Reichsverband Ostschub für seine Massenversammlung nach dem Königsplatz

Vor dem Ende des Mordprozesses.

Die dunklen Punkte.

Der Mordprozeß in Moabit geht seinem Ende entgegen. Die Beweisaufnahme wurde gestern mittag geschlossen und der Prozeß auf Mittwoch vertagt. Kriegsgerichtsrat und Verteidiger werden noch einmal ihre Klagen freigen, aber es wird kein scharfes Duell werden. Der Prozeß wird ebenso kameradschaftlich zu Ende gehen, wie er begonnen hat.

Von Bedeutung in der gestrigen Zeugenvernehmung waren lediglich die Aussagen der Vertreter des Vollzugsrates Wegmann und Rusch. Beide waren eine Zeitlang bei dem Ermittlungsverfahren tätig, schied dann aber aus, als sie merkten, daß ihr Weiseln unermüdet war und daß ihnen statt Unterstützung allerhand Schwierigkeiten bereitet wurden. Dem Kriegsgerichtsrat Jörnß lag es bei der Vernehmung dieser Zeugen vor allem daran, seine Tätigkeit in dem Ermittlungsverfahren rechtfertigen zu lassen und zu zeigen, daß er alles getan habe, was ihm zur Aufklärung des dunklen Sachverhaltes notwendig erschien.

Daß das Weiseln der Herren Wegmann und Rusch bei dem Ermittlungsverfahren nicht besonders erwünscht war, ging schon daraus hervor, daß versucht wurde, verschiedene Bemerkungen, die sich die Zeugen über den Verlauf der Untersuchung erlaubten, ins Räucherliche zu ziehen. Die Angeklagten sowohl als auch die Entlastungszeugen auf den Zeugenbänken mühten sich beinahe vor Heiterkeit. Die Offizierskaste bildete so immer einen besonderen Reizmittel. Daß ist heute noch nicht anders geworden. Die Herrschaften haben ihre eigenen Ansichten über Moral und Recht, sie beanspruchen daher für ihre Vergehen auch eine besondere Gerichtsbarkeit. Und sie sind auf dem „Bivilpad“, das sich erlaubt hat, nach der Revolution immer ein wenig auf die Finger zu gucken, nicht sonderlich gut zu sprechen. Sie sind es vor allem bei diesem Prozeß nicht, können es nicht sein, weil ihnen an dem Ausgange dieses Prozesses in ihrem Sinne viel gelegen ist.

Den Zeugen Wegmann und Rusch wurde auch die Frage vorgelegt, ob sie der Meinung seien, daß in diesem Prozeß noch nicht alles zur Aufklärung der Wahrheit getan worden wäre. Man fragte sie, ob sie noch neues Material zur Verfügung hätten, das geeignet wäre, dem Prozeß eine andere Wendung zu geben.

Die Befragten gaben ihre Abneigung gegen die Kriegsgerichte im allgemeinen zu erkennen. Wir wollen im besonderen noch nachtragen, daß noch eine ganze Reihe von äußerst wichtigen Punkten völlig ungeklärt geblieben ist. Ungeklärt hat der Prozeß die erdichteten Aussagen vor dem Edenhotel angeklammert haben sollten, um entweder selbst an den Mordhandlungen teilzunehmen oder durch ihr Drängen zu verhindern, daß die gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführten Schläge abgewendet wurden. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß Menschenansammlungen in der fraglichen Nacht vor dem Edenhotel überhaupt nicht stattgefunden haben. Menschenansammlungen waren in der damaligen Zeit verboten. Es haben lediglich Soldaten vor dem Hotel gestanden und vielleicht noch einige wenige Hotelgäste, denen das Jugenweib bei dem traurigen Schauspiel aber von niemand verwehrt wurde.

Es wäre dem Edenhotel ein Leichtes gewesen, diese Ansammlungen zu zerstreuen und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unbeschadet in das Untersuchungsgefängnis zu überführen, wenn ein Interesse für einen ungehinderten Transport vorgelegen hätte. Daß man dem Kuno die Weisensweise nach, zweimal mit dem Kolben auf mehrere Gesenken einwirkte, daß man ihn nicht sofort verhaftete, ist, daß man ihn sogar laufen ließ, obwohl sein Name bekannt war, obwohl er nach der Tat direkt im Edenhotel auf Wache lag; das ist zum mindesten eine große Scham, die auf stille Duldung des entsetzlichen Vorgehens deutet.

Ungeklärt ist weiterhin die Behauptung des Anzeigens Alfred Sartorius, daß er den Genossen Karl Liebknecht deshalb auf Umwegen nach Moabit zu transportieren versuchte, weil er glaubte, ihn vor „spartakistischen Verleumdungen“ zu schützen. Am 1. März waren zu der damaligen Stunde form noch ein paar Menschen. In Berlin war längst Ruhe eingekehrt. Sicherheiten haben tagelange vorher nicht mehr stattgefunden. Köhler konnte gelassen werden, aber der angebliche Fluchtversuch Karl Liebknechts. Wir halten es auch heute noch für unauflöslich, daß er keinen Fluchtversuch unternommen hat. Das widerspricht vollkommen keinem Charakter, außerdem war er viel zu klug, als daß er sich, rechts und links von schwerbewaffneten Soldaten umgeben, von der Flucht irgendeinen Erfolg versprochen hätte. Dunkel bleibt auch der Vorgang mit dem mysteriösen Meier und dem Kuno, den er damit auszuführen haben soll. Dunkel vor allem deshalb, weil dieses Meier, das für die Anzeigens doch einen wesentlichen Entlastungsgrund hätte bilden können, berichtigt ist.

Mit der Weisensweise der Leiche Rosa Luxemburg verhält es sich nicht anders. Eine Verabredung soll dieserhalb nicht stattgefunden haben. Rein zufällig und ohne jeden Widerstand ließen sich die Mitarbeiter durch den Oberleutnant Vogel verhaften. Die Leiche ins Wasser zu werfen. Rein zufällig und ohne jede Verabredung erfinden sie das Märchen vom Raub der Leiche durch Sportklubangehöriger. Rein zufällig machte der Oberleutnant Vogel bei seiner dienstlichen Meldung dem Stabsoffizier des Edenhotels, Hauptmann Babst, die gleichen Angaben. Rein zufällig hat auch auf dem betreffenden Wagen noch ein unbekannter Mann geoffen. Und der Oberleutnant Vogel wird rein zufällig erst jetzt dazu gezwungen, von diesem „unbekannten“ Manne ebenfalls etwas zu wissen. Dunkel bleibt es, wo der „Unbekannte“ geblieben ist.

Man braucht dem Anschaus des Prozesses nicht vorzugreifen. Wir wissen schon heute, wie er ausgehen wird. Aber wir betonen mit aller Entschiedenheit, daß das letzte Wort über die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts noch nicht gesprochen ist. Dieses letzte Wort muß noch gesprochen werden!

Fünfter Verhandlungstag.

In der gestrigen Beweisaufnahme wird zuerst der Zeuge Kollwars vernommen, der bekunden soll, daß er während der Nacht von einer Person den Auftrag erhalten habe, Liebknecht und Luxemburg zu überfahren. Der Zeuge gab die Versicherung ab, daß ihm von einem derartigen Auftrag nichts bekannt sei. — Der Fahnenjunker Traub hat während der Vernehmung im Edenhotel, will aber nichts davon gehört haben, daß eine drohende Behauptung von einem Offizier gegen die Verdähten gefallen sei.

Der Zeuge Boita war Kriminalbeamter im Edenhotel. Er soll dem Stadtverordneten Bill aus Charlottenburg die Mitteilung gemacht haben, er wisse, wo die Leiche Luxemburgs liegt. Sie sei mit Steinen beschwert und mit Stacheldraht umwickelt in den Kanal geworfen worden. Der Zeuge behauptet, er habe Bill mit seiner Behauptung nur hereinlegen wollen. Dieser habe keine

Mitwirkung bei der Beilegung des Arbeiterkreises

in Charlottenburg erlitten und ihn auch beauftragt, für die Beilegung der verhafteten Ausschmittglieder zu sorgen. Dafür würde er eine hohe Belohnung bekommen. Nach Erfüllung seines Auftrages habe er diese Belohnung nicht erhalten und als Raube dafür habe er ihn hereingelegt. Der Zeuge gibt schließlich zu, daß er nicht ganz normal ist und drei Jahre im Irrenhaus lag.

Darauf wird der Zeuge Wegmann vom Vollzugsrat vernommen. Er hat der Voruntersuchung beigezogen und den Eindruck gewonnen, daß Verhinderungsgelahr vorliege und daß es richtig sei, wenn die Angeklagten verhaftet würden. Seinen schriftlichen Anträgen wurde nicht stattgegeben. Der Zeuge gibt weiter an, daß nach seinem Ausschneiden ihm ein Herr Wolff die Mitteilung gemacht habe, der Zeuge Janschnow sei bereit, die Wahrheit über die Vorgänge auszusagen. Er verlangte aber eine Entschädigung, da er sich großer Gefahr aussetze, wenn es heraussäme. Kriegsgerichtsrat Jörnß: In den Zeitungen fand Äußerung gegen das Untersuchungsverfahren gerichtet worden. Sie haben nach Ihrem Austritt in den Zeitungen eine

Erklärung über die Gründe Ihres Austritts

veröffentlicht? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Zeuge: Ich hätte ich den Eindruck, daß eine große Verdunkelungsgelahr vorlag, weil die Angeklagten im Hotel zusammengehalten und sich besprechen konnten. Kriegsgerichtsrat Jörnß: Sie haben behauptet, daß Sie bei der Vernehmung des Hauptmann Babst am Begräbnisort Liebknechts absichtlich ausgeschaltet habe? Zeuge: Jomohl! Als Hauptmann Babst am Freitag vernommen werden sollte, ließ es, er sei krank und nicht vernunftfähig. Am Montag darauf erfuhr ich, daß er bereits vernommen war. Er hatte aber am Sonntag vorher schon wieder die Abfertigungsmahnen beim Begräbnis Liebknechts geleitet. Seine Krankheit kann also nicht so schwer gewesen sein.

Der Zeuge behauptet nun weiter, daß er gegen die Person des Kriegsgerichtsrats Jörnß keine Bedenken gehabt habe. Aus der Art der Fragestellung, besonders die Befragung des Zeugen Dräger, der bei der Tat Kuno zugegen war, sei ihm ebenfalls erdienen. Wegen die Willkürgerichte bestreite ein großes Mißtrauen. Es sei von vornherein falsch gewesen, daß man die Sache bei der internationalen Bedeutung dieses Falles einem Kriegsgericht übertrage habe. Das Messer, das Liebknecht getragen habe, sei ein kleines Jagdmesser gewesen, das er zum Pfeifschneiden benutzte habe.

Zeuge Rusch vom Vollzugsrat bestätigt im wesentlichen die Angaben Wegmanns. Er kann die

Verdunkelungsbildheit auch heute noch nicht erkennen.

Die ersten von ihm gestellten Bemeisnträge seien in dem Ermittlungsverfahren abgelehnt worden.

Der Staatsfaher Janschnow wird nunmehr aufgefordert, sich über das von Wegmann erwähnte Gespräch mit Wolff zu äußern. Er sagte, im Edenhotel seien ihm einmal von zwei Herren 100.000 Mark verschrieben worden, wenn er über die Tötung Luxemburgs die Wahrheit sage.

Zeitsmann Jansen stand Woffen auf der Nischenstein-Brücke. Er sah das Auto ankommen, einen dunklen Chauffeur aus dem Wagen schleppen und ins Wasser werfen. Der Chauffeur des Wagens habe ihm dabei gesagt, es sei die Leiche von Rosa Luxemburg. Er sollte sich nur beruhigen. Der Zeuge hat dann zusammen mit Zeitsmann Köpfe dem Angeklagten Hauptmann Weller Mitteilung von „em Vorgang gemacht. Nach dieser Aussage stellt der Vorsitzende fest, daß Hauptmann Weller bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter

benutzt falsche Angaben gemacht

hat. Köpfe legte bei seiner Meldung an den Hauptmann die Hand an die Wange und weidete. Die Leiche von Rosa Luxemburg sei ins Wasser geworfen worden, man könne sie noch zusammenfischen! — Kriegsgerichtsrat Jörnß: Dann muß doch der Hauptmann Weller gesagt haben, daß Luxemburg ermordet worden ist! — Anzeig.: Weller: Das ist mir erst später erzählt worden. Ich habe deshalb die Wahrheit nicht gesagt, weil ich mit der ganzen Sache nichts zu tun haben wollte, denn wie der Verlauf des Prozesses zeigt, ist es kein Vergnügen, hier als Zeuge zu erscheinen.

Zeitsmann Köpfe stand gleichfalls auf der Nischenstein-Brücke. Er sah das Auto kommen und will geklaut haben, es seien Sportwagen. Deshalb habe er ein Maßmesser mit sich auf das Auto gebracht. Donausitz hätte jemand gerufen: Um Gottes willen, nicht schießen, wir bringen die Leiche Luxemburgs. Er sah dann, wie die Leiche ins Wasser geworfen und von der Stomara fortgetragen wurde.

Stadtverordneter Bill bekundet als letzter Zeuge, daß ihm im Edenhotel erzählt worden sei, die Leiche Luxemburgs sei mit Steinen beschwert in den Kanal geworfen worden.

Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Auf Antrag des Kriegsgerichtsrats Jörnß wird beschlossen, die Anklage gegen Oberleutnant Vogel auf Erstattung einer wissentlich falschen dienstlichen Meldung auszuheben.

Kriegsgerichtsrat Jörnß gab in der Nachmittags-Sitzung bekannt, daß ihn während der Pause auf der Straße ein junges Mädchen angesprochen und ihm gesagt habe, daß drei Herren sich darüber unterhalten hätten,

einen gewissen Betrag sofort zu teilen.

Es handelte sich dabei um die Zeugen Janschnow und Hall und einen dritten Herrn. Er habe festgestellt, daß es sich dabei

nach Aussage des Zeugen Janschnow um eine Vernehmung eines früheren Arbeitserbeides gehandelt habe. Weiter stellt Kriegsgerichtsrat Jörnß fest, daß Hauptmann Petri deshalb nicht angeklagt worden sei, weil seine Verdungen, die er nach Aussage verschiedener Zeugen im Edenhotel gegen Liebknecht ausgesprochen habe, allgemeiner Natur gewesen seien. Daher könne es auch nicht mehr darauf ankommen, ob er heute als Zeuge die Behauptungen abstriche oder nicht. Eine strafbare Handlung habe er jedenfalls nicht begangen.

Die Sitzung wird hierauf auf Mittwoch vertagt.

Preussische Landesversammlung.

21. Sitzung, Dienstag, 13. Mai 1919.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der vom Ministerpräsidenten am 6. Mai abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen.

Abg. Graf-Frankfurt (Soz.): Nachdem Deutschland nach vierzehnjährigen Krieg wirtschaftlich und militärisch niedergelassen war, blieb uns die einzige Hoffnung, die Heime wieder aufzubauen, schon um zu ihrer Entschädigung zu kommen, daß Leben lassen, nachdem sie selbst so oft davon gesprochen hatten, daß nicht ein Gewalt-, sondern ein Rechtsfrieden geschlossen werden solle. Aber was erleben wir? Die Gegner haben einen Friedensvertrag mit uns fertig, der einen ganzen Band umschließt und verlangt von uns, diese Friedensbedingungen einfach zu unterschreiben.

Die militärische Niedertrachtung

Hätte doch nur Jued, wenn ein wirklicher Völkerbund mit internationaler Abrüstung zustande kam, oder wenn wir einen Völkerbund bekommen sollen, zu dem Deutschland nur eingeladen, wo aber über keine Zulassung später entschieden werden soll, wenn man Deutschland die Rüstung verbietet, sich aber vorbehalt, die eigene Rüstung noch zu steigern, so bedeutet das lediglich Spott und Hohn und die militärische Auslieferung Deutschlands an Frankreich. Deutschland soll abgerüstet, zerstückelt werden. Das wirtschaftliche Leben Deutschlands muß durch diese Bedingungen zusammenbrechen, wir haben dann keine Rohstoffe und keine Arbeitsmöglichkeit mehr. Wenn ein Arbeiter fragen sollte, es geht trotzdem, so ist er ein politischer und ökonomischer Idiot. (Beifall.)

Will die Regierung die Verantwortung nicht übernehmen, so müssen wir das Volk befragen, ob es untergehen will oder nicht. In der Stunde der Gefahr lassen wir Sozialdemokraten das Vaterland nicht im Stich. (Beifall.)

Abg. Perle (Dsch. Rail.): Wir folgen dem Rufe nach Einigkeit, den der Ministerpräsident erlassen hat und beschließen einstimmig eine Votum der Sammlung von rechts nach links, soweit es überhaupt möglich ist, ohne unser aller Begeisterung erreichen wir keine Milderung der Bedingungen. Die Regierung hat die parole ausgegeben, daß der Versailles Vertrag unannehmbar ist. Dieses Unannehmbar muß ohne Vorbehalt sein, nur keine Schmierfolge.

nur kein Substanzhandel

um einen oder den anderen Punkt. Das Fundament muß wieder hergestellt werden: die Wilsonschen 14 Punkte. Unsere Feinde sind davon abgewichen, das ist ein Vertrauens- und Rechtsbruch.

Wenn wir das Unannehmbar aufrecht erhalten, müssen wir unter Umständen damit rechnen, daß große Teile unseres Vaterlandes den Drangsalen der Besetzung ausgeliefert werden, das darf und nicht absehen. Es ist ganaganleich, ob wir ablehnen oder nicht. Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig für ihre Ehre. (Beifall.)

Abg. Perle (Soz.): Für Frieden bedeutet dieser Friedensvertrag geradezu eine Hinrichtung. (Beifall.) Im Vertrauen auf die Wilsonschen 14 Punkte hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt. Die eigentliche und die volle Verantwortung trägt Präsident Wilson, der erst so viel von Frieden geredet hat und der es dann freilich gebracht hat, diesen Vertrag zu unterschreiben. Wenn die imperialistischen Staatslenker in den feindlichen Ländern von diesem brutalen Gewaltfrieden nicht abzuweichen sein sollten, so vertrauen wir doch immer noch auf den gesunden Sinn ihrer Völker, daß sie dafür eintreten, daß der erlittene Völkerfriede zur Wirklichkeit und zur Tat wird. Hoffen wir, daß es gelingt, durch Verhandlungen und durch den Einfluß der Völker eine Wänderung dieser Friedensbedingungen herbeizuführen. Freilich, mit einer Änderung allein ist es nicht genug, sondern der Welt, aus dem der Friede geboren werden soll, muß ein anderer werden.

Abg. Dr. von Brause (D. Sp.): Tiefste Empörung und heller Jorn erfüllt wohl heute das Herz jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. Der Vertrag ist un menschlich und vom Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit ein Rechtsbruch. Seine Bedingungen sind nicht bloß unerträglich, sondern einfach unerfüllbar. Die Auslieferung des Reiches an einen internationalen Gerichtshof wird verlangt. Auch der Kaiser war ein Deutscher und hat das Recht seines Volkes gewollt.

Abg. Ab. Hoffmann (Unabh. Soz.):

Vieles, was von den Vorrednern gegen den Friedensvertrag gesagt ist, können wir ohne weiteres unterzeichnen. Man könnte den Vertrag einen Halsabschneidervertrag nennen. Aber bei der Beurteilung darf man an den Ursachen nicht vorbegehen, um künftig Fehler zu vermeiden. Wir sind der Überzeugung, daß der Kapitalismus die Grundursache ist: Wir stehen im Kampfe gegen den Kapitalismus der ganzen Welt und sind der Überzeugung, daß die Zeit zur endgültigen Abrechnung jetzt gekommen ist. Und, mögen Sie noch so sehr darüber jöhnen, wir hätten auf das Proletariat der Entente-Länder zählen.

Wie oft haben Sie uns verhöhnt, wenn wir, wie der alte Bebel, die Weltkapitalistrophe vorausgesagt haben und nachgewiesen, daß die Bourgeoisie selbst sie herbeiführen werde. Und das muß ich unseren ehemaligen Freunden zurufen, damals haben wir gesagt und geschrieben, daß wir die Kapitalistrophe freilich nur dann überleben werden, wenn wir bereit sind, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Erich Thälmann 1871 gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen, weil sie darin den Keim zu neuen Kriegen erblideten. Sie wurden in Gefangenschaft genommen. Auch Marx und Engels haben in logischen Schlussfolgerungen vorausgesagt, was heute eingetroffen ist. Und ebenso hat die Sozialdemokratie

der Rosa Luxemburg nachschließen, wie die Dinge kommen müßten.

Kur die Weltrevolution kann den Vertrag zerreißen.

Die Sitzungsprotokolle vor dem Verträge hat uns in der ganzen Welt... Die Sitzungsprotokolle vor dem Verträge hat uns in der ganzen Welt... Die Sitzungsprotokolle vor dem Verträge hat uns in der ganzen Welt...

nicht an die Demokratisierung Deutschlands glaubt?

Weber Scheidemann, Ober, now Davis, Koste und Landberg haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes nach außen aufzutreten... Weber Scheidemann, Ober, now Davis, Koste und Landberg haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes nach außen aufzutreten...

wenn sich unsere Gegner jetzt schämen sollten.

Friedrich trifft das zunächst unglückliche. Das Volk, das ohnehin entsetzt hat... Friedrich trifft das zunächst unglückliche. Das Volk, das ohnehin entsetzt hat... Friedrich trifft das zunächst unglückliche. Das Volk, das ohnehin entsetzt hat...

Dagegen werden wir das Volk aufrufen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln... Dagegen werden wir das Volk aufrufen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln... Dagegen werden wir das Volk aufrufen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln...

Die Weltrevolution wird kommen.

In den Ententeländern regt sich das Proletariat gegen den Frieden... In den Ententeländern regt sich das Proletariat gegen den Frieden... In den Ententeländern regt sich das Proletariat gegen den Frieden...

Hort mit dem Kapitalismus!

Hort mit dem Imperialismus!

Auf zur Weltrevolution!

Damals verließ der Redner die Erklärung der Prätention der Unabhängigen... Damals verließ der Redner die Erklärung der Prätention der Unabhängigen... Damals verließ der Redner die Erklärung der Prätention der Unabhängigen...

Nach den letzten Worten der Erklärung erhebt sich im Hause ein ungeheurer Tumult... Nach den letzten Worten der Erklärung erhebt sich im Hause ein ungeheurer Tumult... Nach den letzten Worten der Erklärung erhebt sich im Hause ein ungeheurer Tumult...

Abg. von Danneberg (Weise): Wie in Hannover wissen, was Kammerling bedeutet... Abg. von Danneberg (Weise): Wie in Hannover wissen, was Kammerling bedeutet... Abg. von Danneberg (Weise): Wie in Hannover wissen, was Kammerling bedeutet...

gaben des H. Weisfall.) Man wies uns in die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts zurück... gaben des H. Weisfall.) Man wies uns in die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts zurück... gaben des H. Weisfall.) Man wies uns in die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts zurück...

Frau Oge (Soz.): In tiefstem Schmerz und voller Empörung bringen wir hier zum Ausdruck... Frau Oge (Soz.): In tiefstem Schmerz und voller Empörung bringen wir hier zum Ausdruck... Frau Oge (Soz.): In tiefstem Schmerz und voller Empörung bringen wir hier zum Ausdruck...

Frau Reiberger (Soz.): Die Schuldfrage wird niemand respektlos beantworten können... Frau Reiberger (Soz.): Die Schuldfrage wird niemand respektlos beantworten können... Frau Reiberger (Soz.): Die Schuldfrage wird niemand respektlos beantworten können...

Abg. Fr. Krenndörfer (Unabh. Soz.).

Ich möchte von dieser Stelle aus den Frauen zurufen: laßt Euch nicht von der nationalistischen Welle einfangen... Ich möchte von dieser Stelle aus den Frauen zurufen: laßt Euch nicht von der nationalistischen Welle einfangen... Ich möchte von dieser Stelle aus den Frauen zurufen: laßt Euch nicht von der nationalistischen Welle einfangen...

Abg. Friedberg hat den Genossen Hoffmann als Vertreter des Auslandes bezeichnen... Abg. Friedberg hat den Genossen Hoffmann als Vertreter des Auslandes bezeichnen... Abg. Friedberg hat den Genossen Hoffmann als Vertreter des Auslandes bezeichnen...

Ich werde mich an die Frauen der Internationale, daß sie im Kampf gegen den Kapitalismus... Ich werde mich an die Frauen der Internationale, daß sie im Kampf gegen den Kapitalismus... Ich werde mich an die Frauen der Internationale, daß sie im Kampf gegen den Kapitalismus...

Frau Wilsch (Dem.): Wenn wir schon von Schuldigen sprechen sollen, so sind sie auf allen Seiten zu finden... Frau Wilsch (Dem.): Wenn wir schon von Schuldigen sprechen sollen, so sind sie auf allen Seiten zu finden... Frau Wilsch (Dem.): Wenn wir schon von Schuldigen sprechen sollen, so sind sie auf allen Seiten zu finden...

Frau Pahlmann (D. Sp.): Als Christin empfinde ich die Verpflichtung, meine Stimme laut zu erheben... Frau Pahlmann (D. Sp.): Als Christin empfinde ich die Verpflichtung, meine Stimme laut zu erheben... Frau Pahlmann (D. Sp.): Als Christin empfinde ich die Verpflichtung, meine Stimme laut zu erheben...

Damit schließt die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Friedensbedingungen... Damit schließt die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Friedensbedingungen... Damit schließt die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Friedensbedingungen...

Um 17 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 22. Mai, 12 Uhr... Um 17 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 22. Mai, 12 Uhr... Um 17 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 22. Mai, 12 Uhr...

Gewerkschaftliches.

Richtungskämpfe im Transportarbeiter-Verband.

Die Transportarbeiter hielten am Montag ihre Quartalsgeneralversammlung ab... Die Transportarbeiter hielten am Montag ihre Quartalsgeneralversammlung ab... Die Transportarbeiter hielten am Montag ihre Quartalsgeneralversammlung ab...

Nachdem die Verhandlung zum Verhandlungsprotokoll zur Verhandlung... Nachdem die Verhandlung zum Verhandlungsprotokoll zur Verhandlung... Nachdem die Verhandlung zum Verhandlungsprotokoll zur Verhandlung...

Massenkampfes; Absetzung derjenigen Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission... Massenkampfes; Absetzung derjenigen Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission... Massenkampfes; Absetzung derjenigen Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission...

Der Streik der Holzbildhauer.

In einer Branderbergsammlung der Holzbildhauer gab es Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses... In einer Branderbergsammlung der Holzbildhauer gab es Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses... In einer Branderbergsammlung der Holzbildhauer gab es Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses...

Die Ortsverwaltung unterbreitete der Versammlung einen Antrag, die bis jetzt gezahlte Streikunterstützung... Die Ortsverwaltung unterbreitete der Versammlung einen Antrag, die bis jetzt gezahlte Streikunterstützung... Die Ortsverwaltung unterbreitete der Versammlung einen Antrag, die bis jetzt gezahlte Streikunterstützung...

In die von der Vertretersammlung am Montag beschlossene achtgliedrige Kommission... In die von der Vertretersammlung am Montag beschlossene achtgliedrige Kommission... In die von der Vertretersammlung am Montag beschlossene achtgliedrige Kommission...

Lohnbewegung der Schirmmacher.

In der am 12. Mai stattgefundenen Vollversammlung der Schirmmacher für Groß-Berlin... In der am 12. Mai stattgefundenen Vollversammlung der Schirmmacher für Groß-Berlin... In der am 12. Mai stattgefundenen Vollversammlung der Schirmmacher für Groß-Berlin...

Lohnbewegung der Tischler und Portefeuliers.

Die Tischler, Portefeuliers, Koffermacher und Galanteriewerker hielten am Montag eine Parteitagung... Die Tischler, Portefeuliers, Koffermacher und Galanteriewerker hielten am Montag eine Parteitagung... Die Tischler, Portefeuliers, Koffermacher und Galanteriewerker hielten am Montag eine Parteitagung...

Sämtliche Diskussionsredner sprachen für die Ablehnung des Vorschlags der Unternehmer... Sämtliche Diskussionsredner sprachen für die Ablehnung des Vorschlags der Unternehmer... Sämtliche Diskussionsredner sprachen für die Ablehnung des Vorschlags der Unternehmer...

Es wurde beschlossen, bei den nachmaligen Verhandlungen an den Forderungen des Reichstags... Es wurde beschlossen, bei den nachmaligen Verhandlungen an den Forderungen des Reichstags... Es wurde beschlossen, bei den nachmaligen Verhandlungen an den Forderungen des Reichstags...

Pensionsansprüche der Ortskrankenkassenstellen.

Der Verband der Bureauangestellten hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung... Der Verband der Bureauangestellten hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung... Der Verband der Bureauangestellten hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung...

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen den Vorschlag des Referenten aus... In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen den Vorschlag des Referenten aus... In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen den Vorschlag des Referenten aus...

Bevorzugt wurde, in einer nachmaligen Versammlung... Bevorzugt wurde, in einer nachmaligen Versammlung... Bevorzugt wurde, in einer nachmaligen Versammlung...

Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau...

Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau...

Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau... Abteilung: Pensionsabteilung Ependau...

